

Fragen

**für die Fragestunde
der Sitzungen des Deutschen Bundestages**

**am Mittwoch, dem 27. September 1978
am Donnerstag, dem 28. September 1978**

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	11
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	3, 13 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	5, 13 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	2, 14 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6, 15 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	7, 15 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	8, 17 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	2, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	9, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	10, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	2, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	12, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	3, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	3, 25 *)

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien**Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

1. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Auf welchen tatsächlichen Erhebungen beruht die Behauptung des Bundeskanzlers, nur in einem Falle hätte nach den Vorschlägen der CDU/CSU-Fraktion bisher Sicherungsverwahrung nach einer Erstverurteilung im terroristischen Bereich angeordnet werden können?
2. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Wann ist damit zu rechnen, daß die Bundesregierung den von ihr bereits in ihrer Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht des Bundesrates vom 8. März 1977 angekündigten eigenen Gesetzentwurf vorlegt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

3. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Wann ist die Bundesregierung bereit, generell ein Verbot der Einfuhr von Robbenfellen zu erlassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

4. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, Bedarfs an Berufsausbildungsplätzen wenigstens vorübergehend, d. h. während der Zeit des größten Bedarfs, auch dadurch beizutragen, daß sie z. B. in den Standortverwaltungen der Bundeswehr nicht nur Beamtenanwärter ausbilden läßt, sondern auch in angemessener Anzahl zur betreffenden Personalstärke gewerbliche Ausbildungsplätze und solche für Verwaltungsangestellte bereitstellt?
5. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit darauf hinzuwirken, daß zur Verminderung der Arbeitslosigkeit besonders der Frauen und Teilzeitkräfte in den ihrer Verantwortung unterstehenden Verwaltungen, z. B. der Bundeswehrverwaltung, zukünftig mehr als bisher auf ganzen Stellen zwei Teilzeitkräfte beschäftigt werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

6. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Wie viele von der Ost-Berliner Regierung seit Inkrafttreten des innerdeutschen Grundvertrags bis in den September 1978 hinein verhaftete und wie viele (einschließlich des Straßmaßes) verurteilte Fluchthelfer sind von der Bundesregierung registriert worden?

7. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung auf Grund der Erfahrungen mit der DDR-Regierung vom Sommer 1977 sich vor der Reise des Bundesministers Dr. Haack in die DDR vergewissert, daß die dortige Regierung einem Besuch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Potsdam keine Hindernisse in den Weg legen wird, und weshalb hat bejahendenfalls der Bundesminister seine Reise angetreten, ohne daß eine entsprechende Zusicherung der DDR vorlag?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

8. Abgeordneter
Lattmann
(SPD)
- Wie häufig sind nach Kenntnis der Bundesregierung jene Fälle, in denen Bewerber im Sommer 1978 für das Wintersemester zwar von der Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen (ZVS) einen Studienplatz zugewiesen bekamen, aber dennoch ihr Studium nicht aufnehmen können, weil sie (z. B. durch Urlaub) die für sie überraschend kurzfristigen Einschreibtermine (z. B. ab Zustellung um 14 Tage) versäumten?
9. Abgeordneter
Lattmann
(SPD)
- Wie können nach Auffassung der Bundesregierung solche bürokratisch-technischen Erschwernisse, die der Politik der „Öffnung der Hochschulen“ entgegenstehen und deren psychologische Wirkungen auf die Bewerber nicht überschätzt werden können vermieden oder zumindest verringert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

10. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit durch Hauserlaß die Verwendung „neuer Fremdwörter“ im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit untersagt hat, und wenn ja, welche vorrangigen Probleme haben den Bundesminister dazu bewogen?
11. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU)
- Wessen Bewußtseinslage und Sprachschatz werden bei dieser im Interesse der deutschen Sprache sicher begrüßenswerten Aktion der Definition des Begriffs „neues Fremdwort“ zugrunde gelegt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

12. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU)
- Stimmt die Bundesregierung zu, daß für die Sowjetunion „Entspannung“ ein anhaltender aggressiver Kampf um politische Vorteile und wachsenden Einfluß mit einer Vielfalt von Methoden zu bedeuten scheint?
13. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Welche Voraussetzungen sind erforderlich, damit ein kulturhistorisch interessierter Verein, wie z. B. ein Geschichtsverein, als Besuchergruppe das Gelände und das Gebäude der deutschen Botschaft in Prag auf Grund seiner kulturgeschichtlichen Bedeutsamkeit besichtigen kann?

14. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Wie viele Flüchtlinge aus Vietnam, Laos und Kambodscha hat die Bundesrepublik Deutschland seit Ende der Kriegshandlungen im Frühjahr 1975 aufgenommen und gedenkt sie innerhalb des nächsten überschaubaren Zeitraums aufzunehmen?
15. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Sind Pressemeldungen zutreffend, daß in der Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Warschau — im Vergleich zu anderen westlichen Botschaften — eine außergewöhnlich hohe Zahl von polnischen Staatsbürgern beschäftigt werden, daß sogar in der Presseabteilung polnische Staatsbürger arbeiten und der Chefdolmetscher der Botschaft vor seiner Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland polnischer Beamter in Ostpreussen und lange Jahre Korrespondent polnischer kommunistischer Zeitschriften in der Bundesrepublik Deutschland war?
16. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu veranlassen, daß polnische Bürger deutscher Abstammung das notwendige Vertrauen in die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland setzen können und nicht befürchten müssen, daß über ihre Kontakte zur deutschen Botschaft der polnische und sowjetische Geheimdienst informiert werden?
17. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Kennt die Bundesregierung die Namen deutscher Staatsbürger, die angeblich im einzigen sowjetischen Straflager für Ausländer südöstlich von Moskau gefangen gehalten werden, und welche Anstrengungen hat die Bundesregierung für ihre Entlassung bisher unternommen?
18. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Welche Schritte wird die Bundesregierung für die Deutschen in den Staaten des Ostblocks unternehmen, damit sie angesichts vieler Diskriminierungen „in den Staaten, die Menschen verschiedener ethnischer Herkunft umschließen, . . . dieselben Rechte nicht nur de jure, nicht nur auf dem Papier der Verfassung, sondern auch tatsächlich gewährt“ im Sinne der EG-Erklärung in Genf vom 15. August 1978 erhalten unter Beachtung der Tatsache, daß die Erfüllung der diesbezüglichen menschenrechtlichen Vertragsverpflichtungen „kein Tagesgeschäft, keine Angelegenheit der Politiker und Bürokraten allein“ und das Grundrecht der Gleichbehandlung „weltweit und unteilbar“ ist, aber „nicht zweierlei Maß“ verträgt?
19. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung getan, um im Sinne der im Bulletin vom 5. September 1978 abgedruckten Erklärung des Bundesaußenministers durch Dokumente und Information „die öffentliche Meinung auch in bilateralen Beziehungen zu mobilisieren“ bezüglich der schwerwiegenden Verletzungen von Artikel 12 Abs. 2 des Politischen Menschenrechtspakts gegenüber Deutschen durch die Volksrepublik Rumänien, die Sozialistische Tschechoslowakische Republik, die Volksrepublik Polen und die UdSSR (Ausreisefreiheit darf nur durch eindeutige Gesetze und international überprüfbar eingeschränkt werden) sowie bezüglich der schwerwiegenden Verletzung des Artikels 27 dieses Pakts gegenüber Deutschen durch die Volksrepublik Polen, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik und die UdSSR?

- | | |
|--|--|
| 20. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) | Macht sich die Bundesregierung eine Auffassung zu eigen, nach welcher der Verfassungsauftrag zur Wiedervereinigung Deutschlands nur durch Auflösung der beiden Bündnisse NATO und Warschauer Pakt zu realisieren ist? |
| 21. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, Nachbarn Deutschlands seien an der Herstellung der Einheit Deutschlands nicht interessiert, und auf welche Nachbarstaaten trifft dies gegebenenfalls zu? |
| 22. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU) | Welche Bedeutung besitzen für die Politik der Bundesregierung die Modelle für die Deutschlandpolitik, die 1968 vom damaligen Leiter des Planungsstabs des Auswärtigen Amts, Egon Bahr, entwickelt worden sind? |
| 23. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU) | Gibt es bei der Bundesregierung die Absicht, zu irgend einem Zeitpunkt aus dem nordatlantischen Bündnis auszusteigen, um auf diese Weise die Chancen einer Wiedervereinigung zu verbessern? |
| 24. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) | Geht die Bundesregierung davon aus, daß die unterschiedlichen Systeme der beiden Staaten in Deutschland bei deren Fortbestand leichter überwindbar seien als wenn versucht würde, die beiden Staaten aufzulösen? |
| 25. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) | Sieht die Bundesregierung eine Zielvorstellung von der Wiedervereinigung Deutschlands mit dem Grundgesetz für vereinbar an, die die Verwirklichung der Menschenrechte einschließlich des Rechts auf freie und geheime Wahlen nicht einschließt? |
| 26. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung die Befürchtung, daß durch Pläne in Bezug auf die Wiedervereinigung Deutschlands, die eine Auflösung des nordatlantischen Bündnisses als Endziel umfassen, die Zuverlässigkeit der Bundesrepublik Deutschland als Bündnispartner bei ihren Verbündeten Schaden leiden muß? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|--|---|
| 27. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) | Hat die Bundesregierung Bedenken gegen die Mitwirkung wissenschaftlich ausgewiesener Kernenergiekritiker im Rahmen des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens für das geplante nukleare Entsorgungszentrum in Gorleben, oder hält die Bundesregierung diese Mitwirkung für erforderlich, um den Stand von Wissenschaft und Technik für die Beurteilung der geplanten Anlage zu ermitteln? |
| 28. Abgeordnete
Frau Traupe
(SPD) | Trifft es zu, daß sich — wie aus dem Jahresbericht 1977 zu entnehmen ist — unter den Mitgliedern des Vorstands und in dem vielköpfigen Verwaltungsrat der Lastenausgleichsbank nicht eine einzige Frau befindet, und welche Gründe kann die Bundesregierung dafür anführen? |
| 29. Abgeordnete
Frau Traupe
(SPD) | Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um hier in den nächsten Jahren eine Änderung eintreten zu lassen, da es sich bei der Lastenausgleichsbank um eine Anstalt des öffentlichen Rechts handelt? |

30. Abgeordneter
Roth
(SPD) Hält die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß nach dem Jahresbericht 1977 Schwerpunkt in der Geschäftsentwicklung der Lastenausgleichsbank die Förderung von Betriebsneugründungen mit einem Volumen von 240 Millionen DM weit vor den finanziellen Maßnahmen zur Eingliederung von Ausiedlern und Zuwanderern war, die Zusammensetzung des Verwaltungsrats der Lastenausgleichsbank noch für zeitgemäß, und ist die Überrepräsentation der Vertriebenenorganisationen gegenüber Organisationen der Wirtschaft, insbesondere gegenüber Selbständigen und kleinen und mittleren Unternehmen noch zu rechtfertigen, und wenn nein, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
31. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Aktivitäten der rechtsradikalen türkischen „Nationalen Bewegung der Grauen Wölfe“ auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, und was gedenkt die Bundesregierung zum Schutz der türkischen Arbeitnehmer gegen diese Gruppe zu tun?
32. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Bundesdatenschutzbeauftragte eine Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes für erforderlich hält, und plant die Bundesregierung, noch in dieser Legislaturperiode eine Initiative zur Novellierung dieses Gesetzes?
33. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung den Inhalt von Meldungen der ostwestfälisch-lippischen Presse bestätigen, wonach es einem Bielefelder Bürger mit einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage in Bielefeld gelungen ist, den Zentralcomputer des Bundeskriminalamts „anzuzapfen“, und falls ja, welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um diese Möglichkeiten einzuschränken?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

34. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit der Lohnsteuerpauschalierung nach § 40b EStG seit dem Inkrafttreten dieser Vorschrift gemacht, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Grenzbeträge von 2 400 DM bzw. 3 600 DM in Anpassung an die Geldwertentwicklung der letzten Jahre erhöht werden müssen?
35. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Welches Konzept verfolgt die Bundesregierung angesichts der verschiedenartigen Einlassungen von Regierungsmitgliedern hinsichtlich einer Reform der Kraftfahrzeugsteuer angesichts der Möglichkeiten, die Kraftfahrzeugsteuer entweder als selbständige Steuer abzuschaffen und in die Mineralölsteuer überzuleiten oder nur die verwaltungstechnische Handhabung der Kraftfahrzeugsteuer zu vereinfachen?
36. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Argumente, bei einer Überleitung der Kraftfahrzeugsteuer in die Mineralölsteuer werde die immer wieder geforderte Autobahngebühr überflüssig und das Konkurrenzverhältnis sowohl zwischen Schiene und Straße als auch zwischen inländischen und ausländischen Transportunternehmen werde entzerrt?

37. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Hält es die Bundesregierung mit dem geltenden Recht vereinbar, daß die „Finanzierungsvermittlung Bodensee“ (Säntis Str. 50, 7770 Überlingen, Postfach 1163) für finanzielle Beteiligungen an der Fluchthilfe von Ärzten aus der DDR wirbt, die angeblich zu 100 v. H. steuerlich als besondere Freibeträge abgesetzt werden, und wenn ja, sieht sie einen Anlaß, auf eine Änderung der Rechtslage hinzuwirken?
38. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, gegen derartige Formen der Anlagengewerbung vorzugehen?
39. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Trifft es zu, daß in Dienststellen der Bundesfinanzverwaltung Reinigungskräfte entlassen werden, um mit der Reinigung private Reinigungsunternehmen zu beauftragen, und ist sichergestellt, daß in solchen Fällen das Mitbestimmungsrecht des Personalrats beachtet wird?
40. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Landesfinanzminister unter Beteiligung des Bundesfinanzministers am 5. Mai d. J. beschlossen haben, einen Gesetzentwurf ausarbeiten zu lassen, der den Wegfall der Grunderwerbsteuerbefreiung für Eigenheime vorsieht, und bedeutet dies, daß die Bundesregierung eine so grundlegende Änderung des Grunderwerbsteuerrechts beabsichtigt, und wann ist gegebenenfalls mit einem entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

41. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Wunsch der britischen Regierung auf Beitritt zum europäischen Airbus-Konsortium?
42. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, den Vertrag mit der ARBED über die zukünftige Entwicklung der saarländischen Stahlindustrie nur dann zu unterschreiben, wenn der Vertragstext verbindliche Regelungen über die Abnahme saarländischer Kohle und über die Errichtung einer gemeinsamen Kokerei enthält?
43. Abgeordneter
Roth
(SPD) Bezieht sich der Auftrag der Bundesregierung vom 28. Juli 1978 an die Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen zu prüfen, durch welche Maßnahmen die Gründung neuer selbständiger Existenzen gefördert werden kann, auch auf die freien Berufe, und sind irgendwelche Kriterien der Abgrenzung der zu fördernden Bereiche ins Auge gefaßt?
44. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, welche Gründe dafür maßgebend sind, daß die Schweiz (lt. Angaben der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie) in der Arbeitsausnutzung ihrer Kernkraftwerke mit 85 v. H. an der Spitze der Weltrangliste liegt, und teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die kleineren Einheiten der 300 bis 600 MW-Klasse hier bessere Ergebnisse erzielen als Anlagen der 1300 MW-Klasse, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?

- | | |
|---|---|
| 45. Abgeordneter
Lampersbach
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung mitteilen, in wieviel Fällen Eigentum an Betrieben in der Bundesrepublik Deutschland bereits in die Hand von Firmen oder Organisationen aus kommunistischen Staatshandelsländern übergegangen ist (Fall Körting)? |
| 46. Abgeordneter
Lampersbach
(CDU/CSU) | Sieht die Bundesregierung — im Zusammenhang mit dem Eigentumsübergang an deutschen Gesellschaften auf kommunistische Firmen — Gefahren einer kommunistischen Infiltration, insbesondere Gefahren für die Belegschaft bzw. deren Rechte aus dem Mitbestimmungsgesetz, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus? |
| 47. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) | Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, gemeinsam mit den Bundesländern Indikatoren für einen Mindeststandard von förderungswürdigen Fremdenverkehrsgebieten zu vereinbaren, damit in Zukunft ein ruinöser Wettbewerb zu Lasten privater Investoren wegen der Ausweisung zu großer Fremdenverkehrs- und Naherholungsräumen mit z. T. sehr geringen Dauerbelegungschancen vermieden werden kann? |
| 48. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) | Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Entwicklungschancen eines schwach strukturierten Raums nicht ohne weiteres durch die Ausweisung als Fremdenverkehrs- oder Naherholungsgebiet garantiert werden kann und insbesondere die Berufschancen der Bevölkerung solcher Grenzümgebungen infolge sehr geringer Qualifizierungs- und Aufstiegschancen im Fremdenverkehrs- und Beherbergungsgewerbe in der Regel sehr gering sind, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus? |
| 49. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) | Wie erklärt es die Bundesregierung, daß im östlichen Grenzlandbereich der Bundesrepublik Deutschland die Benzinpreise besonders hoch sind, und was denkt sie gegen dieses Mißverhältnis zu anderen Gebieten zu unternehmen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|--|---|
| 50. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD) | Trifft es zu, daß der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Mai 1978 (Az. 2 BvR 952/75), mit dem die Funktion der ehrenamtlichen Richter nach dem Sozialgerichtsgesetz erheblich eingeschränkt wird, sich im wesentlichen auf die Einlassung der Bundesregierung stützt? |
| 51. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD) | Hat die Bundesregierung eine mit dem Wortlaut des § 160 a Abs. 4 des Sozialgerichtsgesetzes nicht übereinstimmende Praxis des Bundessozialgerichts positiv gewürdigt, und wenn ja, was hat sie dazu bewogen, und sieht die Bundesregierung das Anliegen der Verfahrensbeschleunigung allein für so vorrangig an, daß sie dabei eine Beschneidung der Mitwirkung der ehrenamtlichen Richter in Kauf nimmt? |
| 52. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung mitteilen, welche gesetzlichen Grundlagen der Agrarsozialpolitik es in den einzelnen EG-Ländern gibt? |

53. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wie bei den einzelnen Versicherungsarten (Altersversorgung, Unfall- und Krankenversicherung) das Verhältnis von Beiträgen, Staatszuschüssen und Leistungen ist?
54. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung davon Kenntnis, daß das Hauptquartier der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräfte in Heidelberg eine Anweisung ausgegeben hat, bei Neuanstellungen ziviler Arbeitskräfte vornehmlich amerikanische Staatsbürger zu berücksichtigen?
55. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Wäre eine derartige Anweisung mit dem Nato-Truppenstatut vereinbar, und wenn nicht, welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um die Amerikaner zur besseren Einhaltung dieses Abkommens zu bewegen?
56. Abgeordneter
Dr. Freiherr Spies von Büllesheim
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß für 983 000 Arbeitsplätze, die 1976 nach dem Gesetz von Schwerbehinderten hätten besetzt werden müssen, nur 671 000 Schwerbehinderte zur Verfügung standen, so daß 312 000 Pflichtplätze gar nicht zu besetzen waren?
57. Abgeordneter
Dr. Freiherr Spies von Büllesheim
(CDU/CSU) Wie lauten die entsprechenden Zahlen für das Kalenderjahr 1977, und welche Entwicklung ist für das Jahr 1978 abzusehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

58. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, ihre „Information über Empfängnisregelung für junge Paare in Bildern, herausgegeben von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Köln“, unter dem Titel „Muß-Ehen muß es nicht geben“ ausgerechnet mit „Bravo“ herauszugeben?
59. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung diese „Information“ für geeignet, daß sie — wie geschehen — in der Mittelstufe von Schulen verteilt wird?
60. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, daß zwischen den Landesjugendämtern sogenannte schwarze Listen mit Namen von Sozialarbeitern kursieren, in denen auf Vorstrafen, Verdacht auf strafbare Handlungen oder „sonstige für schwerwiegend erachtete Gründe“ aufmerksam gemacht wird, die einer Einstellung entgegenstehen könnten, und welche Einwirkungsmöglichkeiten hat die Bundesregierung auf diese Verfahrensweisen?
61. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen oder vorgesehen um festzustellen, welche Methoden der vorklinischen und klinischen Arzneimittelpfprüfung im Sinne des Ausschlußberichts des letzten Bundestages zum AMG auf Grund des gesicherten und unbestrittenen Kernbereichs der Wissenschaft zur Prüfung von Arzneimitteln auf Unschädlichkeit und Wirksamkeit notwendig, uneingeschränkt aussagekräftig, ethisch und strafrechtlich unbestritten unbedenklich und unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit der Mittel auch angezeigt sind?

62. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, selbst einen Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu leisten durch Entlastung der letztlich vom Sozialversicherten über den Arzneimittelpreis zu zahlenden Entwicklungskosten neuer Arzneimittel von Ausgaben für sinnlose bzw. für den kranken Menschen nicht relevante Prüfungsroutine in der vorklinischen und klinischen Prüfung (s. Kritik des Pharmakologen Franz Gross u. a.) über eine nachdrückliche Initiative zur Aktualisierung der Zweiten EG-Arzneimittelprüfrichtlinie zum Zweck der Beschränkung auf die Methoden, deren Relevanz für die Unbedenklichkeit und Wirksamkeit von Arzneimitteln einwandfrei und auch in offener Diskussion nachgewiesen ist und die zum unbestrittenen und gesicherten Bestand der Wissenschaft gehören?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

63. Abgeordneter
Wittmann
(Straubing)
(SPD)
- Hält die Bundesregierung angesichts der erschreckend hohen Zahl tödlicher Verkehrsunfälle von jungen Menschen eine Geschwindigkeitsbegrenzung für jugendliche Führerscheininhaber für ein wirksames Mittel, um die jungen Auto- und Motorradfahrer zu mehr Besonnenheit im Straßenverkehr zu bewegen?
64. Abgeordneter
Wittmann
(Straubing)
(SPD)
- Welche anderen Maßnahmen erwägt die Bundesregierung, um die Selbstgefährdung und die Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer durch junge Führerscheininhaber abzubauen?
65. Abgeordneter
Merker
(FDP)
- Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, auf wieviel Streckenabschnitten der Bundesstraßen der Verkehrsdurchfluß so stark ist, daß der Mittelungspegel von 75 dB (A) am Tag und 65 dB (A) bei Nacht, wie im Verkehrslärmschutzgesetz als Grenzwert für Schallschutzmaßnahmen vorgesehen, erreicht wird?
66. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die inzwischen durch Reihenversuche bestätigte Ansicht zahlreicher Verkehrsfachleute, daß hochgesetzte Bremslichter an Kraftfahrzeugen die Zahl der Auffahrunfälle wesentlich verringern können, und ist die Bundesregierung bereit, entgegenstehende Vorschriften der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung rasch zu ändern, um den Einbau hochgesetzter Bremslichter zu ermöglichen?
67. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Sicherheitswirkung in skandinavischen Ländern verbreiteten Abstandshalter an Fahrrädern, trifft die Feststellung des ACE zu, daß die StVZO der Anbringung solcher Abstandshalter entgegensteht, und wenn ja, tritt die Bundesregierung für eine Änderung der entgegenstehenden Regelung in der StVZO ein?

68. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU)
- Ist es trotz vielfach vorgetragener Wünsche nicht möglich, die nach § 128 Luftfahrt-Personal-Verordnung durchzuführenden Prüfungen, zum Beispiel für den Erwerb von Luftfahrerscheinen für den Segelflug, an Wochenenden oder schul- bzw. arbeitsfreien Wochentagen abzulegen, auch wenn der Vorsitzende des Prüfungsrates, der nach § 128 Abs. 4 der Verordnung über Luftfahrtpersonal Zeit und Ort der Prüfung zu bestimmen hat, Angehöriger einer Luftfahrtbehörde sein muß, und was spricht gegebenenfalls dagegen, daß ein Angehöriger einer Luftfahrtbehörde zum Zwecke der Durchführung von Prüfungen seinen Dienst auch außerhalb der normalen Dienstzeit seiner Behörde versieht, wenn er dafür an normalen Arbeitstagen vom Dienst freigestellt wird?
69. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die gegenwärtige Übung, nach der die in einer Luftfahrtbehörde tätigen Vorsitzenden eines Prüfungsrates durch die Festlegung der Prüfungszeit auf einen normalen Arbeitstag zwei ehrenamtliche weitere Mitglieder des Prüfungsrates und jeweils ca. 15 Prüflinge dazu zwingen, für die Prüfung Schulbefreiung oder Arbeitsurlaub mit entsprechenden Kosten zu erwirken, ein Zeichen besonderer Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung ist, und ist die Bundesregierung bereit, auf eine Änderung der jetzigen Praxis hinzuwirken?
70. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, das Personal und die technische Ausstattung für Überwachungstrupps des Tiefflugbetriebs so aufzustocken, daß der Tiefflugbetrieb in den entsprechenden Gebieten der Bundesrepublik Deutschland mit gewisser Regelmäßigkeit effektiver als bisher überwacht werden kann?
71. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesverkehrsminister, Haar, auf einer Parteiveranstaltung in Nieder-Olm (Allgemeine Zeitung vom 16. September 1978) gesagt hat, die Gemeinde Nieder-Olm könne nun doch einen zweiten Autobahnanschluß im südlichen Bereich ihrer Gemarkung erhalten, und was hat die Bundesregierung gegebenenfalls zur Aufgabe ihrer bisher ablehnenden Haltung in dieser Frage veranlaßt?
72. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, eine eigene bundeseinheitliche Telefonnummer für den ärztlichen Notfalldienst einzurichten, um den betroffenen Patienten das Aufsuchen der Notfallnummer zu erleichtern?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

73. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es mit der gebotenen Neutralität des Amtes für vereinbar, daß der vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegebenen Informationsschrift „Frauen“ ein Zettel in roter Farbe beiliegt mit dem Hinweis, daß „von den 1 006 317 Mitgliedern der SPD . . . 217 881 Frauen“ sind, „das sind ca. 21 v. H.“, und wenn ja, mit welcher Begründung, wenn nein, was hat sie veranlaßt oder was gedenkt sie zu veranlassen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

74. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) Trifft es zu, daß Großforschungszentren des Bundes im Zusammenhang mit dem von der DWK geplanten nuklearen Entsorgungszentrum Aufgaben übernehmen, und falls ja, welche Auswirkungen hat das für die Erhaltung einer unabhängigen Beurteilungskapazität der staatlichen Großforschungszentren?
75. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den einstimmigen Beschluß des US-Senats Energy and Natural Resources Committee vom 20. Juni 1978 in seiner Wirkung auf die weitere Entwicklung der Brüterforschung, insbesondere bezüglich alternativer Brüterlinien (Sect. 2 e des Beschlusses), und inwieweit ergeben sich durch deutsch-amerikanische Vereinbarungen spezielle Rückwirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland?
76. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Aus welchen Gründen schlägt die Bundesregierung vor, die Mittelzuweisungen aus dem Haushalt für Forschung und Technologie für die Finanzierung von regionalen Rechenzentren gegenüber dem Plan des 3. DV-Programms 1976–79 drastisch zu kürzen?

**B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung
gebeten wurde**

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|--|--|
| 1. Abgeordneter
Dr. Schmitt-
Vockenhausen
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, wie die USA und Japan festzulegen, daß alle vietnamesischen Bootsflüchtlinge, die von Schiffen unter deutscher Flagge aufgenommen werden, von der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen werden? |
|--|--|

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|--|---|
| 2. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß der Leiter der Delegation der Bundesregierung in der gemeinsamen Grenzkommision mit der DDR geäußert hat, „daß es auf der Elbe beiden Seiten freistehe, das zu tun, was sie für richtig und rechtmäßig halten“, und wenn ja, teilt die Bundesregierung die darin zum Ausdruck kommende Ansicht, und wie läßt sich diese Aussage gegebenenfalls mit dem Rechtsstandpunkt vereinbaren, demzufolge die Elbe bis zur Streichlinie der Bühnenköpfe am östlichen Ufer Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland ist? |
| 3. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung den Einsatz von DDR-Schußwaffen auf der Elbe und damit auf Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland, und was gedenkt die Bundesregierung zum Schutz deutscher Menschen auf der Elbe vor dem Einsatz derartiger DDR-Schußwaffen zu unternehmen? |
| 4. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Nacht zum 17. September durch den Großbrand eines PVC-Lagers in Werther (Kreis Gütersloh) giftige Gase in einem Umfang frei wurden, daß die Bewohner anliegender Häuser evakuiert werden mußten und vergiftetes Löschwasser in die Kanalisation geflossen ist mit entsprechenden Folgen, und hält die Bundesregierung im Hinblick auf die Entwicklung giftiger Gase und Abwässer in Brandfällen die Sicherheitsvorschriften bei der Lagerung von PVC für ausreichend, und wie gedenkt sie diese gegebenenfalls zu verbessern? |
| 5. Abgeordneter
Walther
(SPD) | Geht die Bundesregierung — wie die Informationsschrift der Hoechst AG Frankfurt/Main „Reine Wäsche — sauberes Wasser“ — davon aus, daß für die Beseitigung der in den Abwässern enthaltenen Phosphate sogenannte Fällungsreinigung die einzig sinnvolle Möglichkeit bedeutet? |
| 6. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefährlichkeit von Bränden von Kunstdünger-Lagerstätten, über die in jüngster Zeit in der Presse berichtet wurde, und welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, um hier vor allem Gefahren für Menschen zu verhindern? |

- | | |
|---|--|
| 7. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Tonnen Abfälle im Jahr 1977 in der Bundesrepublik Deutschland „produziert“ und wie sie beseitigt wurden? |
| 8. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, was die Vernichtung dieses Abfalls kostete, und kann die Bundesregierung mitteilen, was die vernichteten Rohstoffe wert sind? |
| 9. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) | In welchem Umfang und mit welchem Gewinn konnten Abfall-Rohstoffe nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahre 1977 in der Bundesrepublik Deutschland wiederverwertet werden? |
| 10. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) | Entspricht nach der Auffassung der Bundesregierung die in amtlichen Antworten (z. B. vom 10. August 1978) und in einer Leserzuschrift an „Die Welt“ niedergelegte Behauptung des Geschäftsführenden Direktors der Bundeszentrale für Politische Bildung, wonach das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes „in Konkurrenz zu anderen wichtigen Verfassungsgütern steht“ und dies für die „unterrichtliche Weitergabe“ in Frage kommt, der grundgesetzlichen Ordnung und billigt sie in Anbetracht des Beamtenrechts und der Bindung amtlicher Informationsschriften an Gesetz und Verfassung, daß ein Referent der Bundeszentrale für Politische Bildung in Informationsschriften (Nr. 2/77 „Aus Politik und Zeitgeschichte“) behauptet, daß man „echte Zweifel wird daran anmelden müssen, daß es geboten erscheint, an einem Begriff ‚Deutsche Nation‘ festzuhalten ...“? |
| 11. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD) | Treffen Presseberichte zu, wonach das elektronische Informationssystem der Polizei „Inpol“ an verschiedenen Orten der Bundesrepublik Deutschland infolge mangelnder Sicherungsmaßnahmen für Dritte zugänglich war bzw. ist, und wenn ja, sind hiergegen inzwischen geeignete Datensicherungsmaßnahmen ergriffen worden, bzw. wird die Bundesregierung in der Innenministerkonferenz darauf hinwirken, daß derartige Schwachstellen in Verbindung mit dem Inpol-System beseitigt werden? |
| 12. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Trifft die Meldung der dpa vom 12. August 1978 zu, wonach sich die Zahl der krebserzeugenden Stoffe im Rhein halbiert hat, und wenn ja, um welche und wieviel Stoffe handelt es sich dabei? |
| 13. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Welche Reststoffe sind noch im Rhein festzustellen, und welches sind die Ursachen? |
| 14. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, welche krebserzeugenden Substanzen sich in anderen deutschen Gewässern finden? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

- | | |
|--|---|
| 15. Abgeordnete
Frau
Matthäus-Maier
(FDP) | Welche Tatsachen hindern die Bundesregierung nach der Rehabilitierung des Atomwissenschaftlers Dr. Traube und nach Bekanntwerden der Tatsache, daß sie eine Ermächtigung nach § 353 c Abs. 4 StGB zur Strafverfolgung gegen den „Spiegel“ ausdrücklich abgelehnt hat, nun auch die Ermächtigung der |
|--|---|

Strafverfolgungsbehörden zur weiteren Strafverfolgung des Journalisten Hans Georg Faust nach § 77d StGB zurückzunehmen?

16. Abgeordnete
Frau
Matthäus-Maier
(FDP)
- Kann die Bundesregierung einen Überblick darüber geben, in welchen Fällen seit 1950 Ermächtigungen nach § 353c Abs. 4 StGB zur Einleitung von Strafverfahren gegen Journalisten von der Bundesregierung gegeben wurden und wie diese Verfahren verliefen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

17. Abgeordneter
Dr. Kreile
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, nachdem das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 19. April 1978 — 2 BvL 2/75 — die Verfassungsmäßigkeit des § 34c Abs. 3 EStG und § 26 Abs. 6 KStG bestätigt hat, Initiativen dahin gehend zu ergreifen, daß der Pauschalierungserlaß vom Juli 1959 aktualisiert wird und daß dabei der Rahmen der Ermächtigungsvorschrift im Interesse der internationalen Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft voll ausgeschöpft wird?
18. Abgeordneter
Dr. Kreile
(CDU/CSU)
- Auf welchen Betrag schätzt die Bundesregierung die Steuerausfälle, die entstehen würden, wenn die Freibeträge des § 16 EStG mit Wirkung ab 1980 entsprechend der Entwicklung der Investitionsgüterpreise fortgeschrieben würden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

19. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Sachverhalte bekannt, die den Nachweis erbringen, daß die Regierung der DDR — mit der Absicht, auf diese Weise vertragswidrig eine zusätzliche Devisenquelle zu erschließen — unter Mißbrauch des Interzonenhandelsabkommens Waren aus Drittländern in die Bundesrepublik Deutschland einschleust, und wenn ja, welche im einzelnen?
20. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU)
- Welche Folgerung zieht die Bundesregierung aus den Untersuchungen des IFO-Instituts, daß Energieersparnis der verarbeitenden Industrie entscheidend von der Investitionsfähigkeit der Industrie abhängt und daß wirtschaftliches Wachstum notwendig ist, um den spezifischen Energieverbrauch zu reduzieren?
21. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU)
- Sind nach Ansicht der Bundesregierung die gegenwärtigen Rahmendaten des Staats für die Investitionsfähigkeit der Wirtschaft ausreichend, um eine mit der Investitionsfähigkeit verbundene Energieersparnis insbesondere im Industriebereich herbeizuführen, und wie berücksichtigt sie den engen Zusammenhang zwischen Investitionsfähigkeit und Energieersparnis im Rahmen ihrer Energiepolitik?
22. Abgeordneter
Hofmann
(Kronach)
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um das starke Strompreisgefälle entlang der Achse Kiel, Braunschweig, Würzburg, Bamberg, Coburg, Hof, Bayreuth, Passau, d. h. zwischen dem Zonenrandgebiet mit den höchsten Strompreisen und den anderen Teilen der Bundesrepublik Deutschland, zu beseitigen?

23. Abgeordneter
Hofmann
(Kronach)
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung in einer noch stärkeren regionalen Differenzierung der Ausgleichsabgabe auf die Strompreise zugunsten der Zonenrandwirtschaft ein wirksames Mittel, diese Strompreisunterschiede weiter abzubauen?
24. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Was wird die Bundesregierung tun, um sicherzustellen, daß Energieversorgungsunternehmen, vor allem große mit Monopolstellung, energiepolitische und Investitionsentscheidungen treffen, die dem erklärten Willen der Bundesregierung und des Parlaments, insbesondere in bezug auf den Bau neuer und zusätzlicher Kohlekraftwerke, entsprechen?
25. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung etwas bekannt, daß die Regierung der CSSR tschechoslowakische Industriebetriebe in Ostbayern im Raum Schwandorf ansiedeln will?
26. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, der Wiedereinbeziehung der in früheren Jahren mangels ausreichender Bundesmittel aus der erweiterten Kohlefrachthilfe ausgeschlossenen Wirtschaftszweige (Zementindustrie und Geflügelschlächtereien) in diese Hilfsmaßnahme zuzustimmen?
27. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die mittelständische Wirtschaft in einzelnen Sektoren große Gewinn- und Umsatzausfälle hinnehmen muß, weil Plagiatmodelle ihrer Entwicklungen oder aber Nachahmungen, die für den Abnehmer Substitutionen darstellen, aus Italien und den Staatshandelsländern auf den deutschen Markt gebracht werden, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Tatbestand, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
28. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, ungerechtfertigte Wettbewerbsverzerrungen durch derartige Plagiatmodelle auf Grund eines größeren Schutzes von Geschmacksmustern und gebrauchsmusterangemeldeten Modellen, z. B. durch Verfahrensänderungen beim Recht der einstweiligen Verfügung zu vermindern, und wenn ja, wird sie eine entsprechende Initiative ergreifen?
29. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bewußt, daß unter den Partnern der Europäischen Gemeinschaften der innerdeutsche Handel wegen der Sonderbedingungen skeptisch betrachtet wird, und ist sie sich bewußt, daß durch die Zunahme der Kompensationsgeschäfte mit der DDR diese Diskussion ständig angeheizt wird, weil dadurch Waren aus dem Ostblock durch Schleuderpreise und Notverkäufe zu Verzerrungen auf dem Europäischen Markt führen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
30. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des DIHT (vom 29. August 1978) anläßlich der Leipziger Messe, daß die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland von den Kompensationspraktiken der DDR geschädigt wird, und daß dies sich besonders für die kleineren und mittleren Unternehmen negativ auswirkt, weil sie nicht in der Lage sind, Kompensationswaren zu übernehmen, andererseits aber ihre Verkäufe im Inland durch Kompensationsgeschäfte von Großfirmen beeinträchtigt werden?

31. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung nicht die Gesamtentwicklung des Welthandels für bedenklich, wenn sie indirekt die Kompensationspraktiken fördert, indem sie dafür Bundesbürgschaften zur Verfügung stellt, statt umgekehrt die Bürgschaften von normalen Geschäftspraktiken abhängig zu machen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

32. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU)
- Welche Stellungnahme gibt die Bundesregierung ab zu dem Memorandum der Stiftung Rehabilitation, Heidelberg, vom August 1978, wo es heißt, „... die Rehabilitation trägt keinen Stillstand“?
33. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU)
- Wie und wann gedenkt die Bundesregierung, der Rehabilitation Behinderter noch entgegenstehende Bestimmungen in Gesetzen, Verordnungen etc. zu ändern bzw. zu beseitigen, um das Ziel zu erreichen, von dem das Memorandum spricht, nämlich 80 v. H. aller Behinderten im berufsfähigen Alter vollwertig einzugliedern?
34. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU)
- Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um in dem vom Memorandum so bezeichneten öffentlichen Bereich mindestens die gleiche Bereitschaft für die Rehabilitation Behinderter zu erreichen wie im privaten Bereich und eine entsprechende Anzahl von Arbeitsplätzen zur Verfügung zu stellen?
35. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es für vertretbar, daß wegen der Ablehnung einer finanziellen Beteiligung durch den Bund eine Ausladung der für das Jahr 1979 in München vorgesehenen Konferenz der American Society of Travel Agents (ASTA) erfolgt, und teilt sie nicht die Meinung, daß der für die Bundesrepublik Deutschland entstehende Schaden in keinem Verhältnis zu dem eingesparten Finanzvolumen steht?
36. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU)
- Zu welchen Maßnahmen gibt der Bundesregierung die von der Bundesanstalt für Arbeit ermittelte Tatsache Anlaß, die gesetzlich für Schwerbehinderte reservierten Arbeitsplätze überschritten die Zahl der dafür vorhandenen Schwerbehinderten um fast die Hälfte, und wie rechtfertigt die Bundesregierung die Beibehaltung des danach überhöhten Pflichtsatzes von 6 Prozent, die zu einer allein auf Zufall beruhenden Abgabenbelastung führt, die auch bei einem Verhalten des Arbeitgebers, das den Absichten des Schwerbehindertengesetzes vollkommen entspricht, nicht vermieden werden kann?
37. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Werden den Trägern der freien Wohlfahrtspflege nicht in dem vollen Umfang Ersatzdienstleistende zugewiesen, in dem diese Träger Plätze für Ersatzdienstleistende zur Verfügung stellen, und welche Gründe liegen gegebenenfalls dafür vor?
38. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, Sorge dafür zu tragen, daß deutschen Staatsbürgern, die ihren ersten Wohnsitz in den europäischen Gebieten der Europäischen Gemeinschaft haben, ein voller Anspruch auf die sozialen Leistungen des betreffenden Gastlands gewährt wird?

39. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Auf welche Weise und in welchem Zeitraum will die Bundesregierung die volle soziale Integration der Bürger aus den Staaten der EG in der Bundesrepublik Deutschland erreichen?
40. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Ist die Behauptung richtig, daß bei bestimmten Einkommenshöhen zweier verdienender Ehepartner im Falle der Arbeitslosigkeit eines Partners das Gesamtnetoeinkommen aus Gehalt und Arbeitslosengeld höher ist als der Nettoverdienst vorher?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

41. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen sind mit welchem Kostenaufwand zur Rekultivierung des Truppenübungsplatzes Schavener Heide, Stadt Mechernich, Kreis Euskirchen, seit 1976 im einzelnen durchgeführt worden?
42. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Wie soll der Truppenübungsplatz Schavener Heide in Zukunft militärisch genutzt werden, und wird es der Bevölkerung ermöglicht, das Waldgelände zumindest zeitweise zu betreten?
43. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD) Welche Abstimmungsmöglichkeiten sieht die Bundesregierung, um eine zusätzliche Belastung der Bundesfernstraßen in den Hauptverkehrszeiten durch militärischen Kolonnenverkehr zu vermeiden?
44. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, militärische Schwerlasttransporte von BAB-Routen fernzuhalten, die bereits durch Massierung von Baustellen den zügigen Verkehr belasten?
45. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Trifft es zu, daß mit dem Befehlshaber im Wehrbereich VI, seinem Stellvertreter, dem G 1 – Offizier der 4. Jägerdivision und einem Hauptfeldwebel gleich vier Soldaten der Bundeswehr in Uniform als offizielle Delegation zum Parteitag der CSU am 17. Juni 1978 befohlen worden sind, wiewohl nach den Bestimmungen über das Uniformtragen bei politischen Veranstaltungen (VMBl. 1965, S. 257), Absatz I Satz 3, nicht mehr Soldaten zu befehlen sind, als es die Wahrnehmung der dienstlichen Aufgabe erfordert, und welche dienstlichen Aufgaben hat gegebenenfalls jeder einzelne der vier Mitglieder der offiziellen Delegation wahrgenommen?
46. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Wer hat gegebenenfalls gemäß Bestimmungen über das Uniformtragen bei politischen Veranstaltungen, Absatz IV, über die Zusammensetzung der offiziellen Vertretung der Bundeswehr auf dem Parteitag der CSU am 17. Juni 1978 entschieden, und ist bei der Feststellung des dienstlichen Interesses der in Absatz I Satz 4 der Bestimmungen angeordnete strenge Maßstab angelegt worden?
47. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Dienststellen der Bundeswehr Bücher, die „Repräsentanten der FDP verteilen“ mit Begleitschreiben vom 5. September 1978 des hessischen Staatsministers Karry zur Weitergabe an Berufssoldaten erhalten haben, und wenn ja, wie verfahren die Dienststellen der Bundeswehr mit diesen Büchern, und hält die Bundesregierung dieses Verfahren für zulässig?

48. Abgeordneter Würzbach (CDU/CSU) Hält die Bundesregierung es für Soldaten und deren militärische Vorgesetzte für zumutbar, daß in der Rendsburger Rüdelkaserne bei der Heeresflugabwehrschule mit mehreren tausend Lehrgangsteilnehmern im Jahr die vor fünf Jahren begonnenen Umbauarbeiten an der dringend benötigten Kantine noch immer nicht abgeschlossen sind?
49. Abgeordneter Würzbach (CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu veranlassen, damit nunmehr endlich dieser Bau zügig fertiggestellt und zur Benutzung freigegeben wird?
50. Abgeordneter Lenzer (CDU/CSU) Welche Planungen bestehen hinsichtlich der Errichtung von Übungsplätzen für den Standort Wetzlar (Lahn 2) der Bundeswehr?
51. Abgeordneter Lenzer (CDU/CSU) Sind der Bundesregierung Meldungen über die Errichtung eines Militärflugplatzes in der Ortslage Hohenahr (Lahn-Dill-Kreis) oder Umgebung bekannt?
52. Abgeordneter Möllemann (FDP) Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Offiziere und Beamte der Bundeswehr welcher Dienstgrade nach ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst eine Beschäftigung bei welchen Firmen, die mit dem Bereich des Bundesministers der Verteidigung auf dem Gebiet der Rüstung und Ausrüstung zusammenarbeiten bzw. sich um eine solche Zusammenarbeit bemühen, übernommen haben bzw. bei diesen Firmen beschäftigt sind, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls aus dem bekannten Sachverhalt?
53. Abgeordneter Möllemann (FDP) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß wegen der Gefahr von Interessenkollisionen und im Blick auf das Ansehen der Bundeswehr, zusätzlich zu bestehenden Vorschriften praktikable gesetzliche Vorkehrungen im Rahmen des Artikels 12 GG getroffen werden sollten, und wenn ja, wird sie eine entsprechende Initiative ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

54. Abgeordneter Dr. Czaja (CDU/CSU) Hat die umfangreiche Reihe deutschfeindlicher Resolutionen, die im deutsch-polnischen Jugendforum in Bonn, zu dem von polnischer Seite nur eine kommunistische Zwangsjugendorganisation zugelassen und nicht organisierte Jugendliche ausgeschlossen waren, auf der unter Einfluß von kommunistisch infiltrierten Organisationen und ihren Helfern die Beschränkung der Meinungsfreiheit und des Gleichheitssatzes für die Opfer der Massenvertreibung unter Einmischung und Verletzung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland so gefordert wurde, daß freiheitliche deutsche politische Jugendorganisationen die Teilnahme an der Schlußabstimmung ablehnten, auf der die Vertreibungsverbrechen an Deutschen einseitig und ausdrücklich ebenso wie der anti-deutsche Nationalismus zahlreicher amtlicher Pressestimmen verschwiegen wurde, der Verständigung der Völker gedient?

55. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Wieviel medizinische Forschungsprojekte werden von der Bundesregierung gefördert, bei denen Doppelblindversuche durchgeführt werden, wie oft und von wem ist dabei die ethische und strafrechtliche Unbedenklichkeit eindeutig geklärt worden — auch nach den strengen Kriterien von Fincke und der in Tokio revidierten Deklaration von Helsinki?
56. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Anzahl der kontrollierten klinischen Versuche, die gegen das Interesse der beteiligten Patienten gerichtet sind, wirksam zu verringern und zu verhindern, daß sich Ärzte oder Arzneimittelhersteller durch die Forderung der Zweiten EG-Prüfrichtlinie, daß die Wirksamkeit von Arzneimitteln grundsätzlich durch den kontrollierten klinischen Versuch bewiesen werden solle, zu ethisch bzw. nach Fincke strafrechtlich fragwürdigem Handeln veranlaßt fühlen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

57. Abgeordneter
**Dr. Schmitt-
Vockenhausen**
(SPD) Wann erfolgen die Ausschreibungen für den Teilabschnitt der neuen B 44 Stockstadt/Dornheim, soweit der Bau der Trassenführung nach Abschluß des Planfeststellungsverfahrens rechtskräftig ist?
58. Abgeordneter
**Dr. Schmitt-
Vockenhausen**
(SPD) Hat die Lufthansa die Entwicklungsmöglichkeiten des europäisch-chinesischen Luftverkehrs auch inzwischen in Peking an Ort und Stelle geprüft, um mittelfristig rechtzeitig Peking in ihr Flugliniennetz einzubeziehen?
59. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß durch eine transparentere Gestaltung des Auskunftsverfahrens bei der Flensburger Verkehrs-sünderkartei eine wesentliche verkehrserzieherische Wirkung im Sinne der Verkehrssicherheit entsteht, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
60. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD) Hat die Bundesregierung die Absicht, das jetzige Auskunftsverfahren zu entbürokratisieren und die Auskunft allgemeinverständlich darzustellen?
61. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Bund auf Grund einer Entscheidung der Bundesregierung mit Ablauf des Jahrs 1978 aus der Berliner Teltow-Kanal-AG als Aktionär ausscheidet (wo er mit 60 Prozent am Grundkapital beteiligt ist), und daß diese Anteile des Bundes unentgeltlich an das Land Berlin übergehen?
62. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU) Wenn ja, welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, die Eigentumsverhältnisse in diesem deutschland- und berlin-politisch relevanten Sachkomplex zu ändern?
63. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU) Bleibt es in vollem Umfang bei den bisherigen Rechten und Verantwortlichkeiten des Bundes für die Wasserstraßen von und nach Berlin?

64. Abgeordneter
Rühe
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, nach denen der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger ein Zuschuß für den notwendigen Neubau von drei Rettungsbooten abgelehnt wurde, weil dies nicht im Sinne der einschlägigen Richtlinien sei, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, die ergangene Entscheidung zu überprüfen und eine Schifffahrtshilfe zu gewähren?
65. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Verschweigt die Bundesregierung Einzelheiten von geplanten Auflassungen von Haltestellen im Zuge von Modellvorhaben der Deutschen Bundesbahn im Bereich der Bundesbahndirektion Nürnberg – und wenn ja, weshalb –, obwohl über diese Planungen die Bundesbahndirektion Würzburg bereits schriftlich z. B. die eventuelle Auflassung der Bahnhöfe Gambach und Wernfeld bestätigte, und ist die Bundesregierung nun auch bereit, die Planungen mit Details zu erläutern, wie dies in meiner Anfrage vom 18. September (Drucksache 8/2099, Nr. 168) erbeten war?
66. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Richtlinien und Verfahren der Bürger- bzw. Behördenbeteiligung gelten bei der Beseitigung von Baumbeständen an Bundesstraßen, und wurde gegen diese Bestimmungen bei der Baumfällaktion des Landesstraßenbauamts an der B 58 zwischen Haltern–Lippramsdorf und Dorsten–Wulfen verstoßen?
67. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Inwieweit, in welchen Abschnitten und für wie lange ist der Bau der A 31 (Emslandlinie) durch negative Ratsbeschlüsse der betroffenen Gemeinden wie Klagen anliegender Bürger behindert, und wirkt sich dies auf den Bau im Bereich Dorsten aus?
68. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Welche Gründe liegen vor, daß im Zusammenhang mit der in Kürze erfolgenden Aufnahme des Betriebs der S-Bahn von Stuttgart über Esslingen nach Plochingen an lediglich zwei Haltestellen, nämlich in Oberesslingen und in Plochingen Autoparkplätze für S-Bahnbenutzer (Park and Ride Plätze) eingerichtet werden sollen, jedoch nicht in Esslingen (Hauptbahnhof), Esslingen-Mettingen, Esslingen-Zell und Altbach?
69. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Welche Gründe liegen vor, daß die bisher lediglich für Oberesslingen und Plochingen geplanten Park and Ride Plätze noch nicht rechtzeitig zur Eröffnung der S-Bahn am 1. Oktober 1978 zur Verfügung stehen, daß in beiden Fällen noch nicht einmal der Baubeginn feststeht, und was gedenkt die Deutsche Bundesbahn zu tun, daß in absehbarer Zeit die notwendigen Parkplätze zur Verfügung stehen?
70. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wie begründet die Bundesregierung die im § 9 des Bundesfernstraßengesetzes festgelegten Mindestabstände für Hochbauten und andere bauliche Anlagen?
71. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) In welchen begründeten Fällen sind Ausnahmen zulässig?

72. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit kann dafür Sorge getragen werden, daß im Falle einer Errichtung der Ortsumgehung Hasselbach im Zuge der Bundesstraße 8 durch die notwendige Trassierung der später notwendige Bau einer Umgehung des Ortes Weyerbusch nicht erschwert oder gar unmöglich gemacht wird?
73. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, im Rahmen einer Neukonzeption für die großräumigen Verkehrsverbindungen unter Beibehaltung der Haushaltsansätze einerseits weniger wichtige Bundesstraßen im Einvernehmen mit den Ländern in Landesstraßen, wichtige Verbindungen im Rang von länderübergreifenden Landesstraßen jedoch in Bundesstraßen umzuwidmen?
74. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Welchen Status soll nach Auffassung der Bundesregierung die Schifffahrtsstraße Rhein-Main-Donau-Kanal erhalten?
75. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Welche konkreten Baumaßnahmen sollen mit dem im Haushaltsplan für das Jahr 1979 angesetzten Betrag in Höhe von 11 Millionen DM im Zuge der A 881 Singen—Konstanz (Schweizer Grenze), (Kapitel 1210 Titel 74117) finanziert werden?
76. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Welche Strecken, Teilstrecken und Bahnen von Bundesfernstraßen in den Kreisen Bodenseekreis, Ravensburg und Biberach hat das Land Baden-Württemberg dem Bund im Rahmen der zur Zeit laufenden Arbeiten zur zweiten Fortschreibung des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen zur Aufnahme in die höchste Dringlichkeit vorgeschlagen, und hat das Land Baden-Württemberg diese Vorschläge zusätzlich mit Hinweisen versehen, welche der Vorschläge besonders dringlich sind, falls nicht alle Vorschläge zur Aufnahme in die höchste Dringlichkeitsstufe realisiert werden können?
77. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß im Zuge der Wegweisung auf der Autobahn Hannover—Helmstedt jeglicher Hinweis auf die Stadt Wolfsburg fehlt?
78. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ein wie großer Teil des Verkehrsaufkommens auf der Autobahn Hannover—Helmstedt die Stadt Wolfsburg als Fahrziel hat?
79. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Inwieweit beeinträchtigen Rostschutzanstriche und Abwässer der Auflieger in der Geltinger Bucht die Wasserqualität in der Urlaubsbucht an der nördlichsten deutschen Förde?
80. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU)
- Wird die Einführung eines anerkannten Berufsbilds für die Ausbildung im einfachen nichttechnischen Postdienst im Jahr 1979 die Deutsche Bundespost veranlassen, die Zahl der Ausbildungsplätze im einfachen nichttechnischen Postdienst — und gegebenenfalls in welchem Umfang — zu erhöhen, um damit einen Beitrag zur Überwindung des Mangels an Ausbildungsplätzen zu leisten?

- | | |
|---|--|
| 81. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU) | Wann ist mit der entsprechenden Einführung eines anerkannten Berufsbilds im mittleren nichttechnischen Postdienst zu rechnen? |
| 82. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung den Beförderungstau im gehobenen und im höheren nichttechnischen Postdienst? |
| 83. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU) | Wann ist mit einer Vereinheitlichung der Bundeslaufbahnverordnung auch für den Postdienst zu rechnen? |
| 84. Abgeordneter
Dr. Fuchs
(CDU/CSU) | Beabsichtigt der Bundespostminister, die Postschalter als Annahmestellen für Lotto und Toto zu nutzen und andere bisher privaten Firmen vorbehaltene Dienste einzuführen, und hält gegebenenfalls die Bundesregierung solche Absichten mit marktwirtschaftlichen Grundsätzen, insbesondere mit der Erhaltung mittelständischer Unternehmen, für vereinbar? |
| 85. Abgeordnete
Frau Dr. Hartenstein
(SPD) | Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost die Absicht hat, auf bestimmten Strecken ihre Paketpost mit eigenen Lastkraftwagen zu befördern statt mit der Deutschen Bundesbahn? |
| 86. Abgeordnete
Frau Dr. Hartenstein
(SPD) | Gibt es Strecken, auf denen der Pakettransport schon auf diese Weise durchgeführt wird, und wenn ja, welches sind diese Strecken? |
| 87. Abgeordnete
Frau Dr. Hartenstein
(SPD) | Wie werden diese Maßnahmen gegebenenfalls begründet, und gibt es Pläne zu einem weiteren Ausbau der Paketbeförderung durch Lastkraftwagen bei der Deutschen Bundespost? |
| 88. Abgeordnete
Frau Dr. Hartenstein
(SPD) | Wie hoch sind die bereits vorhandenen und eventuell weiteren Einnahmeausfälle der Deutschen Bundesbahn durch die Verlagerung des Pakettransports auf die Straße? |
| 89. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) | Welche Gründe haben das Bundesministerium veranlaßt zu verfügen, daß einerseits vor der Vorstellung eines neuen Kunststoffersprechhäuschens am 29. September 1978 in Limburg durch den Bundespostminister an anderen Orten der Bundesrepublik Deutschland keine weiteren aufgestellt werden dürfen, andererseits aber sichergestellt werden muß, daß die Erprobungsserie von 200 Stück bis zum 6. Oktober 1978 in Betrieb genommen werden soll, und ist dies in unmittelbarem Zusammenhang mit den hessischen Landtagswahlen zu sehen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

- | | |
|---|---|
| 90. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) | Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das gegenwärtige Schicksal des in der DDR inhaftierten durch sein „Manifest eines Christen im Sozialismus“ bekannt gewordenen Ingenieurs Rainer Baurich, und hat sie bei der DDR-Regierung bereits Schritte unternommen, um auf seine Freilassung hinzuwirken? |
|---|---|

91. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Trifft die im DDR-Fernsehen gemeldete Nachricht zu, daß zusammen mit den Berliner Bürgern Jürgen Hering und Regina Kieser das kleine Kind Regina Kieser's festgenommen und in einem Ost-Berliner Kinderheim untergebracht worden sei, und was hat die Bundesregierung bejahendenfalls unternommen, um gegen diesen rechtswidrigen Zugriff gegen ein unschuldiges Kind vorzugehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

92. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß für das geplante „Deutsche Polar-Institut“ zur raschen und systematischen Entwicklung deutscher Antarktisforschung durch die schon bestehenden wissenschaftlichen, personellen und apparativen Kapazitäten durch günstige Raum- und Verkehrsbedingungen und durch Vorarbeiten des dann benachbarten wissenschaftlichen Potentials des Instituts für Meereskunde und des geologisch-palaeontologischen Instituts und noch weiterer fachlich verwandter Institute die Universität Kiel als Standort sich geradezu anbietet, und wird die Bundesregierung diese umfassenden Vorzüge bei der Festlegung des Standorts berücksichtigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

93. Abgeordneter
Rühe
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Bundesminister Dr. Schmude in Hamburg Kritik an der Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft über die Leistungsfähigkeit der Schüler geäußert hat, und wenn ja, teilt die Bundesregierung diese Kritik, und welche Unterlagen und Belege kann die Bundesregierung gegebenenfalls anführen für die These von Bundesminister Dr. Schmude, nach der die Schüler heute mehr leisten als früher?
94. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung die Tatsache, daß das Bremer Landgericht die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen 16 Hochschullehrer, die zu den Herausgebern der Dokumentation „Buback — ein Nachruf“ gehörten mit der Feststellung ablehnte, diesen Hochschullehrern fehle Einsicht in die Realität der Bundesrepublik Deutschland und ihrer rechtsstaatlich-demokratischen Ordnung, in der Kultusministerkonferenz aufgreifen und anregen, daß von den zuständigen Bundesländern Vorsorge getroffen werden sollte, daß die an unseren Hochschulen tätigen Lehrkräfte über ein Mindestmaß an politischem Grundwissen „über die Realität der Bundesrepublik und ihrer rechtsstaatlich-demokratischen Ordnung“ verfügen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

95. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der inzwischen in Afghanistan eingetretenen Lage für ihre technische Hilfe beim Ausbau des afghanischen Rundfunks?
96. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU) In welchem Umfang wurden 1977 und 1978 vom BMZ, von anderen Bundesministerien, der ZAV und anderen offiziellen Stellen des Bundes stellunglose deutsche Akademiker (Hoch- und Fachhochschulabsolventen) als Fachkräfte in Entwicklungsländer vermittelt?

Bonn, den 22. September 1978